

Khadidjatou Fall Diallo **Dezentralisierung, kommunale Selbstverwaltung und ländliche Entwicklung in Senegal**

■ Entwicklung dezentraler Strukturen in Senegal

Wenn von lokaler und partizipativer Entwicklung die Rede ist, stellt sich, unbenommen der unumstrittenen grundsätzlichen Bedeutung, die Frage:

Ist das Konzept der Dezentralisierung tatsächlich der geeignete politische Ansatz, die richtige Methode, das beste Konzept, mit dem der Bevölkerung die größtmögliche Entscheidungsgewalt über alle sie betreffenden Probleme übertragen wird?

Die historische Bedeutung dieses für Senegal verhältnismäßig neuen Konzepts der Dezentralisierung liegt in dem heilsamen Bruch mit dem lange Zeit auch in Senegal praktizierten – zentralistischen – Lösungsansatz für Entwicklungsprobleme. Dieser Bruch führte in den darauf folgenden Jahren zur schrittweisen Umstrukturierung der senegalesischen Verwaltungsstrukturen und -methoden. Dies geschah mit dem Ziel,

- die wirtschaftliche und soziale Entwicklung vor allem der ländlichen Gebiete zu fördern,
- Entwicklungsprogramme für überschaubare zusammenhängende Räume zu konzipieren und durchzuführen sowie
- die ländliche Bevölkerung mit der kommunalen Selbstverwaltung vertraut zu machen und die lokale Bevölkerung zu motivieren, sich freiwillig an den gemeinsamen Aufgaben zu beteiligen.

Bereits kurz nach der Unabhängigkeit im Jahre 1960 tauchte in Senegal der Gedanke an dezentralisierte Gebietskörperschaften auf. Allerdings war die hier-

Nach dem Scheitern zentralistischer Konzepte bei der Lösungssuche im Entwicklungsbereich ist die Idee der Dezentralisierung in Senegal derzeit hoch im Kurs. Zwar haben sich erste Handlungsmodelle – die Schaffung von Entwicklungskomitees auf verschiedenen Ebenen – als unpraktikabel erwiesen, jedoch haben sich die so dann gebildeten finanzautonomen und von Regionalverwalteten Gebietskörperschaften – Landgemeinden, Kommunen und Regionen – als Stütze des dezentralen Staatsaufbaus bewährt. Das Bemerkenswerte, Verantwortung auf lokale Akteure zu übertragen, hat zu einem „neuen Bewusstsein“ geführt, der sein Schicksal selbst in die Hand nimmt und hierbei die Unterstützung des Staates erhält. Gerade die in den „Pilotzonen“ durchgeführten Kleinprojekte haben zu einer Stärkung von Basisdemokratie und Selbsthilfewillen geführt, aber auch dazu, dass die in diesen Zonen aktiven Dorfkomitees künftig auch durchaus als Partnergründer Projekte wie der Programme der Weltbank denkbar sind.

für vorgesehene Versammlung gewählter Vertreter auf Regionalebene viel zu weit von der Bevölkerung an der Basis entfernt, um als Partizipationsorgan funktionieren zu können.

Diese Regionalversammlung hatte lediglich eine beratende Funktion und keinerlei Entscheidungsbezugnis. Ihre einzige Zuständigkeit bestand in einem beratenden Mitspracherecht bei der Festsetzung der Höhe und der Verwendung der Regionalsteuern. Gleichzeitig wurde aber als eine Art Vorstufe der administrativen Dezentralisierung der Verwaltungsapparat „dekonzentriert“ und in Dörfer, Arrondissements, Departements und Regionen unterteilt sowie eine umfangreiche Gebiets- und Landreform durchgeführt.

Die weitere Entwicklung führte im Jahre 1972 zu einer grundlegenden Verwaltungsreform, im Rahmen derer die Landgemeinden (communautés rurales) als unterste Verwaltungseinheit geschaffen wurden. Sie wurden mit eigener Rechtspersönlichkeit und teilweiser Finanzautonomie versehen – wenn sie auch in der Praxis kaum über eigene Mittel verfügten – und sollten die wichtigsten Träger lokaler, bürger-naher Entwicklungsprogramme werden.

■ Um die lokale ländliche Entwicklung zu stimulieren, wurden zusätzlich auf den Verwaltungsebenen Arrondissement, Departement und Region Entwicklungskomitees geschaffen, die die lokalen Einheiten beraten sollten. In der Praxis erwies sich dies jedoch als unpraktikabel.

Um die lokale ländliche Entwicklung zu stimulieren, wurden zusätzlich auf den Verwaltungsebenen Arrondissement, Departement und Region Entwicklungskomitees geschaffen, die die lokalen Einheiten beraten sollten. In der Praxis erwies sich dies jedoch als unpraktikabel und die Entwicklungskomitees wurden schließlich wieder aufgelöst, nachdem sie jahrelang mit hohem Mitteleinsatz ohne sichtbaren Erfolg gearbeitet hatten. Die Gründe für ihr Scheitern lagen, kurz gesagt, in ihrer mangelnden Bürgernähe:

- Die von ihnen entwickelten und durchgesetzten technisch-wirtschaftlichen Modelle ließen häufig die Bedürfnisse und Erwartungen der Bevölkerung außer acht.
- Es wurden Aktivitäten entwickelt, die nur auf Produktion ausgerichtet waren und langfristige Entwicklungsaspekte nicht berücksichtigten.
- Es entstanden zusätzliche schwerfällige, stark hierarchisierte Strukturen neben den staatlichen Verwaltungsstrukturen, die überflüssigerweise die gleichen Aufgaben wahrzunehmen versuchten.

Der große Durchbruch im Dezentalisierungsprozess geschah erst im Jahre 1996, als ein großes Gesetzeswerk verabschiedet wurde, durch das den Gebietskörperschaften essenzielle Befugnisse in unterschiedlichen Bereichen übertragen wurden:

- Grund- und Bodenverwaltung,
- Umwelt- und Ressourcenschutz und -verwaltung,
- Bevölkerung, Gesundheit, Sozialwesen,
- Jugend, Sport und Freizeit, Kultur,
- Investitions- und Budgetplanung,
- Raumplanung, Städte- und Wohnungsbau.

Als Mittlerinstanz zwischen Zentralregierung und Landgemeinden wurden Regionen und gewählte Vertretungen auf Regionalebene geschaffen. Ihnen obliegt die regionale Rahmenplanung und Koordination von Entwicklungsprogrammen.

Heute bilden die drei Gebietskörperschaften Landgemeinde, Kommune und Region das Rückgrat unseres dezentralisierten Staatsaufbaus. Alle besitzen Rechtspersönlichkeit und Finanzautonomie und werden von Räten verwaltet, die in freier allgemeiner Wahl gewählt werden. Dabei sind die Landgemeinden die Gebietskörperschaft, die der Bevölkerung am nächsten ist.

Es gibt 320 Landgemeinden in Senegal: jede besteht aus mehreren Dörfern, deren Zahl zwischen zehn und über hundert liegt – je nach territorialer Gegebenheit. In diesem Rahmen üben die Landgemeinden ihre Befugnisse aus, und dies erscheint uns als der Raum, in dem sich die Demokratie an der Basis am besten entfalten kann.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass sich auch im Senegal, nicht zuletzt bedingt durch den demokratischen politischen Wechsel, den wir bei den letzten Präsidentschaftswahlen im März dieses Jahres erlebt haben, ein starkes Bewusstsein und Selbstbewusstsein bei der Bevölkerung im Hinblick auf ihre politische Einflussmöglichkeiten entwickelt hat. Zunehmend interessieren sich die Bürger für die öffentlichen Angelegenheiten und möchten in effektiver Weise daran teilnehmen und an Entscheidungsprozessen mitwirken.

Die Forderung der Bevölkerung nach mehr Transparenz, nach größerer Effizienz staatlichen Handelns zum Wohle der Bevölkerung wurde von der neuen Regierung aufgenommen. Staatspräsident Abdoulaye

■ Heute bilden die drei Gebietskörperschaften Landgemeinde, Kommune und Region das Rückgrat unseres dezentralisierten Staatsaufbaus. Alle besitzen Rechtspersönlichkeit und Finanzautonomie und werden von Räten verwaltet, die in freier allgemeiner Wahl gewählt werden.

Wade hat eine neue politische Linie definiert, die von der Regierung unter Leitung des Premierministers Niassé umgesetzt wird. Die Leitbegriffe sind Engagement, Bürgernähe und Solidarität.

Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat Senegal nun ein Ministerium für Raumplanung und Dezentralisierung, das ich die Ehre habe zu leiten. Die Einrichtung dieses Ministeriums ist Ausdruck des politischen Willens zur Intensivierung lokaler Entwicklungsprozesse, der Demokratisierung an der Basis und der aktiven Teilnahme der gesamten Bevölkerung am Kampf gegen die Armut.

Der rein technokratische Ansatz, der die Entwicklungspolitik Senegals lange Jahre beherrscht hat und daraus bestand, an der Staatsspitze Programme zu entwerfen, die dann an der Basis ausgeführt werden sollten, hat sich im Nachhinein als ineffizient erwiesen. Er ist nicht geeignet, eine selbstbestimmte, partizipative und nachhaltige Entwicklung in den Landgemeinden in Gang zu bringen. Die Zeiten der direkten und bevormundenden Betreuung der Bauern sind überholt. Wir müssen unsere Handlungsmodalitäten und Methoden überdenken, mit denen die Entwicklung an der Basis stimuliert und aktiviert werden kann, indem die Bedingungen geschaffen werden, die eine effektive Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltung der eigenen Angelegenheiten garantieren.

Diese Beteiligung muss eine sich selbst vorantreibende Dynamik sein, in der die unterschiedlichen Entwicklungsakteure ihre Fähigkeiten und ihren Willen in konzertierten Aktionen zusammen- und zum Ausdruck bringen. Es geht hier ganz konkret darum, dass die Bevölkerung auf die sie betreffenden Entscheidungen Einfluss nimmt und so selbst die Verwaltung ihres Lebensraumes mitbestimmt.

Wir sind überzeugt, dass die Dezentralisierung ein Entwicklungsinstrument und einen geeigneten Rahmen für eine neue Art von Bürgern darstellt. Bürger, die ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, mit einem Staat im Hintergrund, der die Eigeninitiativen unterstützt. Die Dezentralisierung ist ein wichtiger Schritt bei der Förderung der Basisdemokratie, da sie die Beteiligung und Verantwortlichkeit der lokalen Akteure im Entwicklungsprozess gewährleistet. Auf diese Weise wird das Recht zur Mitsprache der Be-

Wir sind überzeugt, dass die Dezentralisierung ein Entwicklungsinstrument und einen geeigneten Rahmen für eine neue Art von Bürgern darstellt. Bürger, die ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, mit einem Staat im Hintergrund, der die Eigeninitiativen unterstützt.

völkerung bei der Verwirklichung ihrer eigenen Ziele und Wünsche unter Nutzung und Einbeziehung des lokalen Wissens- und Kenntnispotenzials gesichert. Es wird bewusstes und verantwortliches Handeln gefördert – in Entwicklungsprogrammen, die partnerschaftlich entwickelt werden.

Die erste Phase der Reform der Territorialverwaltung hat die Landgemeinde hervorgebracht und war ein Versuch, die Bewusstseinsbildung in ländlichen Gebieten zu fördern und den Ansatz zu ändern, mit dem bis dahin die Entwicklungsaktionen ausgewählt und durchgeführt wurden. Diese sollten nun von den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung konzipiert und mit ihrer Partizipation ausgeführt werden.

Indem die zweite Phase dieser Reform den gewählten Vertretern größere Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Verwaltung und Führung der eigenen Angelegenheiten gab, bestätigte sie die Notwendigkeit einer umfassenden Beteiligung der Bürger bei der Definition und der Durchführung von Entwicklungsaktionen.

Der Wille, den Prozess der Übertragung von Verantwortung auf die lokalen Akteure zu verstärken, wurde mit der dritten Phase noch einmal bekräftigt, im Laufe derer wichtige Befugnisse auf die Gebietskörperschaften übertragen wurden.

■ Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Konsequenterweise setzt das Projekt zur Förderung der Dezentralisierung, das mein Ministerium in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchführt, auf der Ebene der Landgemeinden und der von diesen gewählten Vertretungen an.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit 20 Jahren im Dezentralisierungsbereich in Senegal aktiv. Zunächst in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium, in dessen Zuständigkeit damals die ländliche Entwicklung fiel. Nach der Schaffung des Ministeriums für Dezentralisierung in diesem Jahr wurden alle entsprechenden Fachabteilungen dort zusammengefasst.

Bereits 1978 wurde im KAS-Projekt damit begonnen, in Zusammenarbeit mit den lokalen Einheiten des Innenministeriums den Centres de l'Expansion Rurale (CER) Entwicklungspläne für alle Landge-

meinden Senegals unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten zu erarbeiten. An der Erstellung dieser Pläne wurden die gewählten Vertretungen der Landgemeinden und die lokale Bevölkerung in mehr oder weniger informeller Weise beteiligt. Informell deshalb, weil Entwicklungsplanung damals ausschließlich Zuständigkeit der Zentralbehörden in Dakar war. Inzwischen sind diese Entwicklungspläne die Planungsgrundlage aller Landgemeinden.

Seit der Verabschiedung der Gesetzgebung zur Dezentralisierung im Jahre 1996 und der Übertragung einer Reihe von Kompetenzen und Befugnissen auf die regionalen Gebietskörperschaften engagiert sich die KAS jetzt in ihrem Programm zur Kommunalentwicklung für eine Stärkung der gewählten Vertretungen, damit diese ihre Aufgaben wirkungsvoll wahrnehmen können.

In einem Land wie Senegal ist es nicht ungewöhnlich, dass die gewählten Vertreter in den Landgemeinden mit den ihnen übertragenen Aufgaben häufig überfordert sind. Viele von ihnen sind Analphabeten und sprechen nur die jeweilige Landessprache, während die Verwaltungssprache, in der auch alle Gesetze und Verordnungen abgefasst sind, Französisch ist.

In einem Land wie Senegal ist es nicht ungewöhnlich, dass die gewählten Vertreter in den Landgemeinden mit den ihnen übertragenen Aufgaben häufig überfordert sind. Viele von ihnen sind Analphabeten und sprechen nur die jeweilige Landessprache, während die Verwaltungssprache, in der auch alle Gesetze und Verordnungen abgefasst sind, Französisch ist. Verwaltungserfahrung haben die wenigsten. Daneben bestehen Unsicherheiten über Zuständigkeiten und Befugnisse, zumal neben den gewählten Vertretungen noch die staatlichen Instanzen Gouverneur, Präfekt und Sous-Präfekt existieren. Hier kommt es leicht zu Mißverständnissen und Streitigkeiten über Kompetenzen.

Begonnen wurde das jetzige KAS-Programm 1995 in zwei Pilotregionen mit einer Kombination aus Fortbildungsmaßnahmen für die gewählten Vertreter und der Finanzierung von einkommenschaffenden Kleinstprojekten mittels eines revolvingierenden Kreditfonds.

Die Kleinprojekte werden von lokalen Selbsthilfeorganisationen geplant und durchgeführt, über die Vergabe der Kredite entscheidet der Landgemeinderat im Einvernehmen mit dem Dorfentwicklungskomitee und dem Inter-Dorfentwicklungskomitee (auf einer mehrere Dörfer umfassenden Ebene), das sich aus Vertretern örtlicher Selbsthilfeorganisationen zusammensetzt. Die Rückzahlung der Kredite erfolgt

in den Fonds, der von den Dorfkomitees verwaltet wird. Beraten werden die Selbsthilfeorganisationen bei der Planung und Durchführung der Projekte von den Centres d'Expansion Rurale (CER), die jetzt dem Dezentralisierungsministerium unterstehen.

Die CER führen auch – mit Hilfe externer Fachkräfte – die Fortbildungsmaßnahmen für die Mitglieder der Landgemeinderäte durch. Die Themen der Fortbildung reichen von Zuständigkeit und Allgemeiner Verwaltung einer Gemeinde, Organisation einer Gemeinderatssitzung, Budgetplanung etc. bis zu Fragen des materiellen Rechts im Bereich des Bodenrechts, Standeswesens, Umweltschutzes etc. Teilweise werden spezialisierte Bildungseinheiten für die jeweiligen Ausschüsse der Gemeinderäte durchgeführt. Parallel werden in Kooperation mit der GTZ Alphabetisierungskurse für die gewählten Vertreter durchgeführt.

An einigen Fortbildungsmaßnahmen nehmen auch die Vertreter der Selbsthilfeorganisationen teil, teilweise werden eigene Ausbildungen für sie angeboten.

Eine Broschüre, die gemeinsam von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Fachabteilung meines Ministerium veröffentlicht wurde, stellt den Projektansatz detailliert dar. Einige Exemplare dieser Broschüre liegen für Interessierte bereit, die sich näher über diesen Ansatz informieren wollen.

Die Kombination aus Ausbildung der gewählten Vertreter und Mitglieder ländlicher Selbsthilfeorganisationen mit der gleichzeitigen praktischen Umsetzung durch die gemeinsame Verwaltung des Kreditfonds und der Planung und Durchführung der Kleinprojekte hat in den Pilotzonen zum Aufbau funktionierender Strukturen der ländlichen Verwaltung und Entwicklungsplanung geführt und gleichzeitig die Demokratie an der Basis gestärkt.

Zum einen werden die gewählten Vertretungskörperschaften der Landkreise mit den Ausbildungsmaßnahmen befähigt, ihre Aufgaben im Rahmen der Selbstverwaltung wirkungsvoller und besser auszuüben. Gleichzeitig wird das vorhandene Entwicklungspotenzial in der Bevölkerung der Landgemeinden gefördert und aktiviert durch Fortbildung von Multiplikatoren und die Durchführung von Kleinprojekten. Frauengruppen genießen in diesem Zusammenhang besondere Beachtung.

■ Die Kombination aus Ausbildung der gewählten Vertreter und Mitglieder ländlicher Selbsthilfeorganisationen mit der gleichzeitigen praktischen Umsetzung durch die gemeinsame Verwaltung des Kreditfonds und der Planung und Durchführung der Kleinprojekte hat in den Pilotzonen zum Aufbau funktionierender Strukturen der ländlichen Verwaltung und Entwicklungsplanung geführt und gleichzeitig die Demokratie an der Basis gestärkt.

Die Aus- und Fortbildung der gewählten Vertreter hat zu einer spürbaren Verbesserung des Demokratieverständnisses an der Basis geführt. Die Mitglieder der Gemeinderäte sind nun in der Lage, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen und auszuüben. Diese Demokratieförderung durch Ausbildung hat dazu beigetragen, dass die gewählten Vertreter aktiver an Entscheidungsprozessen teilnehmen und diese Prozesse transparenter geworden sind. Auch die Zusammenarbeit zwischen gewählten Vertretungen und den staatlichen Instanzen ist besser geworden, wie mir bei meinen Besuchen in den Landgemeinden versichert wurde. Man versteht jetzt besser, welche Aufgaben von wem wahrgenommen werden.

Die verstärkte Partizipation an der Basis hat in allen Landgemeinden die Bildung von Dorfkomitees bewirkt, die mittlerweile eine wichtige Rolle im politischen Prozess auf kommunaler Ebene spielen. Die Mitglieder der Dorfkomitees übernehmen Verantwortung in der Gesellschaft und sind zu zivilgesellschaftlichen Kräften geworden, die aktiv an den Entscheidungsprozessen teilnehmen.

Die verstärkte Partizipation an der Basis hat in allen Landgemeinden die Bildung von Dorfkomitees bewirkt, die mittlerweile eine wichtige Rolle im politischen Prozess auf kommunaler Ebene spielen. Die Mitglieder der Dorfkomitees übernehmen Verantwortung in der Gesellschaft und sind zu zivilgesellschaftlichen Kräften geworden, die aktiv an den Entscheidungsprozessen teilnehmen. Allein das Entstehen dieser Dorfkomitees ist ein großer Erfolg der Demokratieförderung in den Projektzonen.

Lassen Sie mich einige weitere Beispiele nennen:

1. Im Projektgebiet Koussanar haben sich zum ersten Mal in der Geschichte Senegals Verantwortliche der Dorfkomitees (Comité Villageois de Développement) freiwillig gemeldet, um die Volkszählung in diesem Arrondissement durchzuführen. Diese Aufgabe wurde bislang von Staatsbeamten übernommen, deren Fragen nicht immer mit größter Korrektheit beantwortet wurden, wodurch es teilweise zu zweifelhaften Ergebnissen kam. Der Einsatz von Freiwilligen aus der Bevölkerung selber erhöht den Vertrauensfaktor enorm und trägt zu einer größeren Verlässlichkeit der erhobenen Daten bei.
2. Das Engagement der im Rahmen des Programms gebildeten Dorfkomitees hat Verantwortliche aus den verschiedenen staatlichen Institutionen dazu bewogen, Dorfkomitee-Mitglieder als Hilfskräfte für bestimmte Gebiete auszubilden, z.B. als Hilfskrankenpfleger, Hilfstierarzt und Verwaltungskraft. So hat das Programm sogar zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen.

3. Ein weiteres Beispiel beweist die gestiegene Verantwortung der Bürger für ihre Gemeinde: In Kousanar, wo früher allenfalls 60 Prozent der Landsteuer (taxe rurale) gezahlt worden waren, konnte 1998 Jahr erstmals eine 100-prozentige Erfüllung der Steuerpflicht der Bewohner konstatiert werden. Den Bewohnern der Landgemeinde Kousanar war durch die Projektaktivitäten klar geworden, dass die Kleinprojekte nur mit einem Beitrag des Gemeinderates finanziert werden können. Die Tätigkeiten des Gemeinderates werden jedoch aus der Landsteuer finanziert. Die Einwohner der Landgemeinde sahen nun ohne Umwege einen unmittelbaren Sinn ihrer Landsteuer und kamen ihrer Zahlungspflicht nach. So konnte auch die finanzielle Eigenbasis der Landgemeinden verbessert werden.

Die Kleinprojekte der ersten und zweiten Generation haben ihre Kredite komplett mit Zinsen zurückerstattet. Die auf den Dorfkomitee-Konten eingegangenen zurückgezählten Summen wurden in neue Kleinprojekte investiert. Die Bewohner der Projekt-Pilotzonen zeigten nach schon wenigen Monaten ein gesteigertes Selbstbewusstsein und einen ausgeprägten Selbsthilfewillen. Vor allem werden sie sich ihrer eigenen Möglichkeiten und Kräfte bewusst. Diese Prozesse setzen in vielen Fällen Energien frei, die nicht selten zu erstaunlich mutigen Initiativen führen.

30 Prozent der Mittel zur Finanzierung der Kleinprojekte stammen von den Selbsthilfegruppen, zehn Prozent vom Gemeinderat; der Rest wird von der KAS zur Verfügung gestellt. Die Einsetzung des rotierenden Kreditfonds appelliert an das Verantwortungsbewusstsein der Beteiligten, denn bei schlechter Rückzahlungsmoral können weniger neue Kleinprojekte Finanzierungshilfen erhalten.

Seit Beginn der Pilotphase 1995 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung knapp 300 000 DM eingesetzt, um die revolving Kreditfonds zu starten. Die daraus finanzierten Kleinprojekte liegen in den Bereichen Rinderaufzucht, Getreidebanken, Hirsemühlen als Arbeitserleichterung für die Frau im ländlichen Raum, Gemeinschaftsläden, Wiederaufforstung und Umweltschutz.

Das kombinierte Programm zur Aus- und Fortbildung gewählter Vertreter mit der Auswahl und Finanzierung von Kleinprojekten trägt also maßgeb-

Die Bewohner der Projekt-Pilotzonen zeigten nach schon wenigen Monaten ein gesteigertes Selbstbewusstsein und einen ausgeprägten Selbsthilfewillen. Vor allem werden sie sich ihrer eigenen Möglichkeiten und Kräfte bewusst. Diese Prozesse setzen in vielen Fällen Energien frei, die nicht selten zu erstaunlich mutigen Initiativen führen.

■ **Das kombinierte Programm zur Aus- und Fortbildung gewählter Vertreter mit der Auswahl und Finanzierung von Kleinprojekten trägt also maßgeblich dazu bei, den Selbsthilfwillen der ländlichen Bevölkerung zu stärken.**

lich dazu bei, den Selbsthilfwillen der ländlichen Bevölkerung zu stärken und die Mitglieder der Entscheidungsinstanzen und Multiplikatoren in die Lage zu versetzen, zum Wohle der Gemeinschaft verantwortlich mit den ihnen anvertrauten Mitteln umzugehen.

Bei der Dynamik des Programms spielen die Centres d'Expansion Rurale eine wichtige Rolle. Die CER sind die meinem Ministerium unterstellten dezentralisierten staatlichen Stellen, die in allen dreiundneunzig Arrondissements, also ganz an der Basis, die ländliche Bevölkerung in allen wichtigen Lebensbereichen unter anderem technisch beraten. Jedes CER besteht aus einem Team von gut geschulten Beratern in den Bereichen Entwicklungsplanung, Landbau, Viehzucht, Wasserwirtschaft, Sozialwesen, Forstwirtschaft. Die CER sind also eine Mittlerinstanz zwischen dem Staat und der Landgemeinde, dies allerdings nicht als Verwaltungsbehörde, sondern in beratender Funktion. Die CER sind die staatliche Stelle, die der Landbevölkerung am nächsten, ja ein Teil von ihr ist und ihr Vertrauen genießt. Sie tragen effizient zur Entwicklung der Landgemeinden bei. Ihre Aufgabe ist es,

- den Mitgliedern des Gemeinderates bei der Erstellung und Durchführung von Entwicklungsplänen und Entwicklungsprojekten beratend zur Seite zu stehen,
- lokale Entwicklungsinitiativen zu unterstützen, sowie
- bei der Organisation, der Information, der Sensibilisierung und der Aus- und Fortbildung der Basisbevölkerung mitzuwirken.

Die CER haben eine wirkungsvolle Strategie entwickelt, die vom Ansatz der Planung an der Basis ausgeht. Dieser Ansatz erfordert vom CER den ständigen Kontakt und den Austausch mit der Bevölkerung, die in Gebietskörperschaften, Entwicklungsassoziationen und anderen Selbsthilfgruppen organisiert ist. Auf diese Weise können die Mitarbeiter der CER der Bevölkerung helfen, Lösungen für ihre Probleme zu finden, indem sie diese in Entwicklungsprogramme umformulieren, die unmittelbare Auswirkungen haben.

Die Mitarbeiter der CER sind bereit, im Rahmen des Dialogs und des konstruktiven Erfahrungsaus-

tausches von der lokalen Bevölkerung zu lernen. Dadurch werden die verschiedenen Erfahrungen zusammengebracht und können greifbare Ergebnisse hervorbringen wie beispielsweise die Erstellung der lokalen Entwicklungspläne in jeder Landgemeinde in der ersten Projektphase der Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Umsetzung und Realisierung dieser Pläne durch die Landgemeinderäte zusammen mit lokalen Selbsthilfeorganisationen in den KAS-Projektzonen führte zu einer völlig neuen Erfahrung der partizipativen und selbstbestimmten lokalen Entwicklung, die mit den Gebräuchen der Vergangenheit brach und neue Perspektiven eröffnete.

Dass die Verwaltung und die Zusammenarbeit mit dem Landgemeinderat in den Projektzonen funktionieren, hat die Communautés Rurales jetzt auch als Partner für andere größere Entwicklungsmaßnahmen, als es die KAS-Klein-Projekte sein können, interessant gemacht. So wird die Weltbank ein Infrastrukturprogramm in der Pilotzone Paoskoto finanzieren.

Leider musste ich erfahren, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung nicht über die Mittel verfügt, das Programm auf alle Landgemeinden im Senegal auszuweiten.

Die sichtbaren Erfolge in den bisherigen Projektzonen beweisen die Richtigkeit dieses Ansatzes und so ist das Programm CER-Kommunalentwicklung, das wir zusammen mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchführen, auch zu einer wichtigen Inspirationsquelle für eine Reihe von anderen Programmen im Bereich der Dezentralisierungsförderung geworden und ist in diesem Sinne ein Modell für die Förderung der partizipativen lokalen Regierungsführung.

Weltbank/UNDP/GTZ haben weite Teile des hier dargestellten Ansatzes für ihre Projekte übernommen. UNDP will die Konzeption des KAS-CER-Projekts als Vorbild nehmen, um im Departement Kedougou mit den dortigen CER ein ähnliches Programm zu starten. Die Weltbank sandte bereits 1997 eine Delegation in Projektzonen, um sich dort über die Funktionsweise der örtlichen Entwicklungsfonds zu informieren. Mitglieder der Direction de l'Expansion Rurale, der Fachabteilung in meinem Ministerium, sind in allen Weltbankausschüssen vertreten, die sich mit ländlicher Entwicklung befassen.

■ **Dass die Verwaltung und die Zusammenarbeit mit dem Landgemeinderat in den Projektzonen funktionieren, hat die Communautés Rurales jetzt auch als Partner für andere größere Entwicklungsmaßnahmen, als es die KAS-Klein-Projekte sein können, interessant gemacht. So wird die Weltbank ein Infrastrukturprogramm in der Pilotzone Paoskoto finanzieren.**

So hat das Programm trotz seiner Beschränkung auf einige wenige Communautés Rurales eine Wirkung über diese hinaus.

■ Schluss

Der Dezentalisierungsprozess in Senegal hat verschiedene Stadien durchlaufen, im Laufe derer sich die Partizipation der lokalen Bevölkerung als eine unumgängliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung erwiesen hat.

Die Umsetzung dieser Politik hat die Bevölkerung nach und nach in Richtung größerer Beteiligung und Verantwortung bei der Entscheidungsfindung geführt. Dieser Prozess ist noch nicht zu Ende und diese Politik erfordert große Veränderungen in der staatlichen Struktur und der Verwaltung, im Umgang der verschiedenen Staatsebenen miteinander und ein Umdenken der Staatsbeamten.

Diese Veränderungen sind Ausdruck des Willens des senegalesischen Volkes, der sich auch in dem politischen Wechsel in Senegal bei den Präsidentschaftswahlen im März manifestierte. Die neue Regierung von Präsident Abdoulaye Wade steht für Wachstum, Fortschritt und vor allem für eine demokratische Entwicklung zum Wohle aller Bürger.